

# Sassoli: Konferenz über die Zukunft Europas ist eine Chance, die europäische Demokratie zu stärken und die Seele des europäischen Projekts neu zu entdecken

*Europa-Rede des EP-Präsidenten bei der Veranstaltung von Konrad-Adenauer-Stiftung, Stiftung Mercator und Stiftung Zukunft Berlin*

Ich freue mich sehr, hier sprechen zu können und Ihnen anlässlich dieser Veranstaltung, die in Berlin hätte stattfinden sollen – einer Stadt, die Erneuerung und die europäische Wiedervereinigung symbolisiert –, meine Hoffnungen und meine Vision von der Zukunft unseres Europas darzulegen.

Die Europäische Union, die gerade ihr 70-jähriges Bestehen gefeiert hat, durchlebt die tiefste Krise ihrer Geschichte. Europa ist zurzeit mit einer Pandemie konfrontiert, die seine Prosperität auf eine harte Probe stellt. COVID-19 ist eine globale Herausforderung. Schon Jean Monnet war der Meinung, Europa werde aufgebaut werden, indem es die Krisen bewältigt, die sich ihm stellen; die Herausforderung durch COVID macht indes mehr als jede andere ganz klar eine gemeinsame Reaktion erforderlich. Und es ist kein Zufall, dass die Union bereits im März, nach wenigen Wochen der Ungewissheit, Entscheidungen getroffen hat, durch die ihr Handeln gestärkt wird. Wir sprechen hier von historischen Entscheidungen: Während es im März noch als Tabu galt, von europäischen Anleihen zu sprechen, können wir uns heute darüber freuen, dass anlässlich der Ausgabe der Anleihen zur Finanzierung des Instruments SURE die Europafahne an der Wall Street gehisst wurde.

Wir befinden uns nicht in der Krise von 2008. Im Gegenteil, wir haben die Denkweise und den Geist, die das vergangene Jahrzehnt geprägt haben, hinter uns gelassen.

Dies ist im Kern die Aufgabe der Europäischen Union: in unserem gemeinsamen Raum wirksame Steuerungsmaßnahmen im Rahmen unseres demokratischen Systems zu ermöglichen. Keine unserer Nationen wäre in der Lage gewesen, diese Herausforderung alleine zu bewältigen. Niemand wird dazu in Zukunft in der Lage sein, ob es nun um die Pandemie, Sicherheit, Einwanderung, Umweltfragen oder die Finanzkrisen geht, die unserem Sozialmodell schaden könnten. Es gilt: In Solidarität vereint.

Heute können wir den Jahrestag des Falls der Berliner Mauer mit mehr Zuversicht begehen. Der Zusammenbruch dieses Symbols des Totalitarismus war der Triumph unseres Modells, das sein politisches Fundament in der Demokratie und sein moralisches und rechtliches Fundament in der Verteidigung der Rechte der Menschen und der Grundwerte hat. Lange Zeit glaubten wir, all dies reiche aus, um vor der Dynamik der globalen Welt geschützt und geborgen zu sein. Wir dachten, das, was außerhalb des europäischen Raumes geschieht, würde uns nicht in eine Krise stürzen, sich nicht auf uns auswirken. Die Reaktionen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 haben uns hingegen noch verwundbarer gemacht, denn die Auswirkungen auf die Finanzen vieler europäischer Länder und in der Folge auf die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger haben dazu geführt, dass wir uns auf uns selbst konzentriert und die Vorteile der Europäischen Union aus den Augen verloren haben. Darüber hinaus haben wir auf der internationalen Bühne an Bedeutung und Einfluss verloren. Wir haben auf die harte Tour gelernt, dass die antieuropäische Stimmung sich umso mehr breitmacht und Nationalismus und Engstirnigkeit in unseren Ländern umso mehr wieder Fuß fassen, je mehr wir uns nur mit uns selbst beschäftigen. Die ersten, die das verstanden haben, waren unsere Bürgerinnen und Bürger, die sich in Rekordzahl an der letzten Wahl zum Europäischen Parlament beteiligten und die proeuropäischen Kräfte unterstützten.

Mit der laufenden Legislaturperiode, die vor einem Jahr begonnen hat, ist nach Wahlen, die aufgezeigt haben, welche Risiken ein aufstrebender und selbstbestimmter Souveränismus birgt, in den europäischen politischen Familien eine neue Betrachtungsweise entstanden. Wir haben begonnen, an uns selbst zu glauben und dies in einer neuen Dimension nach außen zu tragen. Wir haben wieder begonnen, über unsere Rolle nachzudenken und darüber, wie das Verständnis der

modernen Welt der Schlüssel dazu sein könnte, interne und globale Herausforderungen zu bewältigen.

Es waren intensive Monate, nützliche Monate. Gemeinsam haben wir verstanden, dass wir der Frage, welchen Beitrag Europa leisten kann, um den Planeten zu retten, nicht ausweichen können. Und Schritt für Schritt ist die Umwelt zum Paradigma für ein neues Modell der Nachhaltigkeit geworden. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Und mit dem Vorschlag für einen europäischen Grünen Deal, der Ende letzten Jahres im Europäischen Parlament vorgestellt wurde, ist es uns gelungen, eine Perspektive zu bieten und die COVID-Krise anzupacken, indem beispiellose Maßnahmen ergriffen und gemeinsame Reaktionen vorgeschlagen werden.

Die Pandemie hat die am stärksten gefährdeten Menschen getroffen: Ältere, isolierte Menschen, Frauen, junge Menschen und Menschen mit Behinderungen. Sie hat die Ungleichheiten in unseren Ländern nur weiter vertieft.

Neben diesen Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten haben auch die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten erheblich zugenommen: Es droht eine Spaltung zwischen einem Norden und einem Süden, einem Osten und einem Westen mit sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten, Erwartungen und Empfindlichkeiten.

Im Gegensatz zu dem, was viele befürchteten – oder andere erhofften –, war Europa nicht unvorbereitet. Die Herausforderung ist natürlich enorm und wird sich über Jahre erstrecken. Werden wir sie bewältigen? Werden wir in der Lage sein, unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen? Werden wir es schaffen, dass die Werte, die frühere Generationen an uns weitergegeben haben, nicht verlorengehen, und werden wir Europa zu einem Raum des Friedens, des Wohlergehens und der Solidarität machen?

Seit März haben wir alles alleine geschafft. Zum ersten Mal seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stehen wir vor einer globalen Herausforderung ohne eine gemeinsame Vision mit unserem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika. Das war noch nie der Fall. Und deshalb waren die Reaktionen auf die Krise wirksam. Gerade darum freuen wir uns, dass die USA einen Präsidenten gewählt haben, der offen über einen erneuten Schulterchluss mit der Europäischen Union spricht und sich wiederholt für eine Rückkehr zum Multilateralismus ausgesprochen hat.

In diesen Tagen endet die erste Phase der europäischen Reaktion auf die Pandemie. Es werden enorme Ressourcen zur Verfügung gestellt und zahlreiche Lockerungen der Vorschriften über staatliche Beihilfen und die Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts beschlossen werden. Außerdem hoffen wir auf einen entsprechenden mehrjährigen Finanzrahmen mit Vorschriften zum besseren Schutz der Rechtsstaatlichkeit.

Kurz gesagt: Uns wurde bewusst, dass alle anderen Länder unter schwerwiegenden Folgen zu leiden hätten, wenn ein Land zusammenbräche oder die Krise nicht meistern könnte. Die gemeinsame Verschuldung ist zunächst in der öffentlichen Meinung und dann für die Organe der EU zu einem Synonym der Solidarität zwischen den Staaten geworden. Natürlich gilt es noch einige Zweifel zu überwinden, und viele Missverständnisse müssen aufgeklärt werden.

Das seit jeher langsame und sehr bürokratische europäische Aufbauwerk ist plötzlich in Schwung gekommen. Die Hilfsmaßnahmen und die Antworten auf die Probleme der Bürger und Unternehmen werden uns zeigen, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

Europa hat also gut auf die Dringlichkeit der Krise reagiert, aber vergessen wir nicht die Umstände, die zu dieser Lage geführt haben: Sie spiegeln eine zwischenstaatliche Entscheidungsfindung wider, bei der immer die Gefahr besteht, dass nationale Interessen über das Gemeinschaftsinteresse siegen könnten. Wir konnten dies immer wieder feststellen: „Die fehlende europäische Solidarität [so Jacques Delors] stellt eine tödliche Gefahr für die EU dar.“

Angesichts der dramatischen Ereignisse, vor denen wir stehen, müssen wir neu entdecken, was Papst Franziskus den Weg der Brüderlichkeit nennt, der zweifellos die Gründer des modernen Europa inspiriert und animiert hat angesichts des Bewusstseins, dass ein geteiltes Europa machtlos und nicht in der Lage sein wird, auch nur ein einziges Problem zu lösen.

Aber wir haben bereits bewiesen, dass wir in der Lage sind, eine Vision zu teilen und Geschichte zu schreiben. Deshalb wird die Europäische Union bewundert und beneidet und ist für viele in der Welt ein Vorbild: für Freiheit, Demokratie, die Achtung der Grundwerte, Nichtdiskriminierung.

Nun sind wir am entscheidenden Punkt angelangt: Wir haben viel getan. Wir haben über die Mittel entschieden, dringende Maßnahmen ergriffen und politische Ausrichtungen für die kommenden Jahre vorgeschlagen.

Nun beginnt eine zweite Phase, die Phase der konkreten Unterstützung, ich würde sagen, der materiellen Unterstützung, für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Pandemie hat zu Armut in weiten Teilen der Bevölkerung geführt, auch in den Ländern, die als sicher galten.

Darum müssen wir gezielte und geplante Maßnahmen ergreifen. Deshalb messen wir als Europäisches Parlament den europäischen Programmen für die nächsten sieben Jahre große Bedeutung bei.

Der Aufbauplan ist eine Notmaßnahme, die der Wiederankurbelung der europäischen Wirtschaft dient. Mehrjahresprogramme jedoch sind der Treibstoff, auf den wir nicht verzichten können, um die Maschine zum Laufen zu bringen.

Wenn uns diese Krise eines gelehrt hat, dann die Erkenntnis, dass es an der Zeit ist, Überlegungen anzustellen, wie die Mechanismen der europäischen Demokratie gestärkt werden können, denn diese Demokratie muss effizienter und reaktionsfreudiger werden und über die Mittel verfügen, um auf die Krisen, die nach der COVID-19-Pandemie kommen werden, reagieren zu können.

Wir brauchen mehr Regierungshandeln auf europäischer Ebene, und wir alle müssen darauf hinarbeiten.

Eine Debatte über ein anderes Europa ist genau das, was wir brauchen. Wenn wir erkennen, dass wir in einer Welt immer schnellerer Veränderungen leben, die immer häufigere Anpassungen erforderlich machen, und wenn wir uns eingestehen, dass Europa die maßgebliche Ebene des Regierungshandelns ist, wenn es gilt, diesen globalen Herausforderungen zu begegnen, können wir es uns nicht länger leisten, auf Institutionen zu verzichten, die in der Lage sind, unseren Bürgerinnen und Bürgern Antworten zu geben. Die Europäische Union muss sich einfach an die sich wandelnde Welt anpassen.

Das Europäische Parlament fordert schon seit Jahren eine Überarbeitung des Vertrags, und zwar wegen der unzureichenden Mittel, die Europa zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen zur Verfügung stehen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas wird ganz gewiss die Gelegenheit bieten, gemeinsam mit den Bürgern, der Zivilgesellschaft und den nationalen Parlamenten unser gemeinsames Aufbauwerk im Sinne einer funktionierenden europäischen Demokratie neu aufzustellen. Es ist ein Ziel dieser Wahlperiode, diese Konferenz einzuberufen.

An dieser Stelle möchte ich mein Vertrauen in die Zusage des deutschen EU-Ratsvorsitzes zum Ausdruck bringen, eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten, dem Parlament und der Kommission über den Vorsitz dieser Konferenz zu erzielen.

Auf der Konferenz müssen Lehren aus der Krise gezogen werden, und die Europäische Union muss in die Lage versetzt werden, ihre Instrumente der Entscheidungsfindung so anzupassen, dass sie

effizienter arbeiten kann und dabei über ausreichend Mittel verfügt. Die Konferenz wird aber auch die Gelegenheit bieten, die Seele des europäischen Projekts neu zu entdecken.

Deshalb müssen wir – davon bin ich überzeugt – dafür sorgen, dass die Konferenz ihre Tätigkeit so bald wie möglich aufnehmen kann.

Die ehrgeizige Erneuerung des europäischen Aufbauwerks erfordert ein echtes und starkes demokratisches Mandat, was die Voraussetzung für seine Legitimität und seinen Erfolg ist.

Ich für meinen Teil habe mich mit Unterstützung aller Fraktionen im Parlament dagegen gewehrt, dass die Demokratie wegen der Pandemie zurückstehen muss. Daher haben wir unsere Arbeitsmethoden ständig angepasst, damit das Europäische Parlament in der Lage ist, weiter zu funktionieren, Rechtsvorschriften zu erlassen, zu diskutieren und abzustimmen. Im Fernmodus haben wir es geschafft, dass das Parlament weiter tätig ist und dass die Europäische Union nicht zum Stillstand gekommen ist. Alle unsere Institutionen müssen aus der Pandemie lernen und sich entsprechend anpassen, um auf die Herausforderungen reagieren zu können. Die Zukunft wird es uns nicht gestatten, mit alten Gepflogenheiten und Verfahrensweisen einfach wie bisher fortzufahren.

Wir haben die Bedeutung des Internets, seine Stärken und seine Reichweite inzwischen verstanden. Es ist das Internet, durch das es in den letzten Monaten möglich wurde, dass die Bürger ihren Gemeinsinn bewahren, Schüler und Studenten weiter lernen, Unternehmen online ihre Tätigkeit fortsetzen und öffentliche Meinungen weiterhin in die demokratischen Prozesse einfließen konnten.

Deshalb habe ich mich in den vergangenen Monaten dafür eingesetzt, dass der Internetzugang als ein neues Menschenrecht anerkannt wird. Fehlender Zugang zum Internet ist eine der Hauptursachen für Marginalisierung. Durch die ordnungsgemäße und regulierte Nutzung des Internets können Unterschiede und Entfernungen, insbesondere in abgelegenen Gebieten, überwunden werden.

Wir kommen nicht mehr umhin, das Internet nicht nur als Requisit, sondern auch als Werkzeug der Demokratie zu betrachten.

Liebe Freunde,

wir haben es nicht mit einem Krieg zu tun, denn wie Albert Camus schon in seinem Roman „Die Pest“ bemerkte, ist der Krieg eine Dummheit. Es geht vielmehr um das Leben, um unser Leben.

Dieser Appell, die Schwierigkeiten der Gegenwart in Angriff zu nehmen, ist die eigentliche Grundlage unseres Vertrauens in das europäische Aufbauwerk. Wie bei jedem Projekt brauchen wir eine neue Verortung des Humanismus, denn wir selbst wollen die Protagonisten unserer Zukunft sein, und wir wollen sie nicht an andere delegieren. Wir sind Europäer, wir haben bereits einen langen Weg zurückgelegt, und wir haben uns frei dafür entschieden, den weiteren Weg gemeinsam zu beschreiten.